

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1920

23 (15.1.1920) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Redaktion
Telef. Nr. 809 u. 810

Weitaus größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Wochen-Beilagen: „Exportblatt“, erscheint jeden Montag. — „Volk und Heimat“, erscheint jeden Samstag.

Steuern und Verlagsamt
Red. Schererstr. 10
Chefredakteur: Albert Heine
Verantwortl. für den Inhalt: Dr. H. H. H. H.
Verantwortl. für den Inhalt: Dr. H. H. H. H.
Verantwortl. für den Inhalt: Dr. H. H. H. H.

Seitens-Beilagen:
A. (ohne Aufl. Westfalen)
B. (ohne Aufl. Westfalen)
C. (ohne Aufl. Westfalen)
D. (ohne Aufl. Westfalen)
E. (ohne Aufl. Westfalen)
F. (ohne Aufl. Westfalen)
G. (ohne Aufl. Westfalen)
H. (ohne Aufl. Westfalen)
I. (ohne Aufl. Westfalen)
J. (ohne Aufl. Westfalen)

Nr. 23. Karlsruhe, Donnerstag den 15. Januar 1920. 36. Jahrgang.

Die neue Fassung des Betriebsrat-Gesetzes.

Berlin, 14. Jan. Gestern sollte in der Nationalversammlung die Beratung des Betriebsrat-Gesetzes beginnen. Die wunden, behauerswerten Ergebnisse des gestrigen Tages und die erregte Erörterung in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ließen aber das neue Gesetz noch im Hintergrunde stehen. Erst gegen Schluss der besprochenen Vorgänge im Reichstagsgebäude wurde wieder der eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung gedacht und die neue Fassung des Betriebsrat-Gesetzes zur Grundfrage der Debatte gemacht. In dieser neuen Fassung wird dargestellt, welche Umgestaltung die Regierungsvorlage des Gesetzes in den Beratungen des Ausschusses erfahren hat. Zunächst entfällt der Vorschlag, als ob von der alten Vorlage überhaupt kein Stein auf dem anderen gelassen sei. Hat doch der Entwurf in der jetzigen Fassung 106 statt vorher 55 Paragraphen. Allein hierbei handelt es sich im wesentlichen um eine Teilung der früheren, vielfach sehr umfangreichen Paragraphen. Auch zahlreiche der zeitlichen Veränderungen berühren nicht den Sinn der Bestimmungen, sondern nur ihre Formulierung und man kann sagen, daß von dem Grundgedanken der Regierungsvorlage nur in ganz wenigen Punkten abgewichen worden ist.

Ein äußerlich hat der Entwurf durch die erwähnte Teilung der Paragraphen, sowie durch eine Gliederung, durch Abschnitte, die auch mit einigen Umstellungen verbunden waren, zweifellos erheblich an Klarheit gewonnen. Unter den sachlichen Veränderungen sind folgende im Geltungsbereich, im Aufbau und im Aufgabenkreis zu untercheiden:

Der sachliche Geltungsbereich des Gesetzes ist wesentlich erweitert worden, aber den Wünschen nach einer Sonderbehandlung der Landwirtschaft ist insofern Rechnung getragen worden, als für landwirtschaftliche Betriebe ein Betriebsrat erst bei mindestens 20 ständigen Arbeitnehmern, statt sonst 20 Arbeitnehmern überhaupt zu errichten, ein Betriebsobmann erst bei mindestens 10 ständigen Arbeitnehmern, statt sonst 5 wahlberechtigten Arbeitnehmern zu wählen ist. (§ 4.)

Zu den in der Regierungsvorlage bereits für das Aufgabengebiet gemachten Unterscheidungen zwischen Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken und sonstigen Betrieben ist eine weitere Unterscheidung getreten, auf die nach zurückzukommen ist: Die Gruppe der Betriebe mit wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen, konfessionellen, wissenschaftlichen und ähnlichen Zwecken. (§ 67.)

Für die Hausgewerbetreibenden sind besondere Betriebsräte geschaffen worden. (§ 1.)

Im Aufbau der Betriebsvereinigungen ist die wichtigste Neuerung die Schaffung eines besonderen Ausschusses für Arbeiter und Angestellte neben dem Betriebsrat. Zwar waren schon im Regierungsvorwurf die Betriebsratgruppen der Arbeiter und Angestellten getrennt, jetzt aber haben sie eine größere Mitbestimmung und einen stärkeren Charakter erhalten (§§ 6, 7, 8). Außerdem ist die Bestimmung über die Mindestzahl einer Gruppe außerhalb des Betriebsrats erweitert worden. (§ 16.)

des Handelsgesetzbuches entsprechende Bilanz vorzulegen. (§§ 72, 105.) Die Bestimmung, wonach der Betriebsrat Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden hat, hat keine wesentliche Veränderung erfahren. Jedoch wird als Aufgabe dieser Vertreter bezeichnet, daß sie die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer, sowie deren Wünsche und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten haben. Aber auch in den Sitzungen, die sich mit anderen Gegenständen beschäftigen, haben sie Sitz und Stimme. (§ 70.)

Unter den jetzt dem Arbeiter- und Angestelltenrat überwiesenen Aufgaben und Befugnissen war am umfänglichsten das Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Entlassung. Hier hat dasjenige bei Einstellung eine Einschränkung erfahren. Zu den Aufgaben des Arbeiter- und Angestelltenrats gehört nunmehr die Vereinbarung von Richtlinien über Einstellungen, an deren Inhalt die Zwangsgewalt geknüpft ist, daß darin die Einstellung als unabhängig von der politischen, gewerkschaftlichen, konfessionellen, u. s. w. Befähigung zu erklären ist. Werden durch eine Einstellung die Richtlinien verletzt, so entfällt ein Einpruchsrecht. (§ 78 Abs. 2 bis § 81-83.) Die Einziehung der Betriebsratsmitglieder, deren Mitwirkung bei der Beratung der Gründe, für die die Einstellung in der Regierungsvorlage vorgesehen war, konnte bei der Neuordnung fortfallen. Geringer sind die Veränderungen, die das Einpruchsrecht bei Kündigungen erfahren hat. Hier ist das Einpruchsrecht bei Kündigungen erweitert worden, daß es sich nicht nur auf die Kündigungen, sondern auch auf die Entlassungen erstreckt. (§ 84.) Ferner ist die Entscheidung des Schlichtungsausschusses im Falle der ungerechtfertigten Kündigung nicht lediglich auf Wiedereinstellung lauten, sondern zugleich für den Fall der Nicht-Wiedereinstellung eine Entschädigung festzusetzen. (§ 87.)

Hinsichtlich einer Reihe von Aufgaben und Befugnissen ist endlich eine Ausnahme vorgesehen für die politischen, gewerkschaftlichen, konfessionellen, wissenschaftlichen und ähnlichen Betrieben dienenden Betriebe. Gänzlich in Fortfall kommen das Recht der Bilanzprüfung und der Vertretung im Aufsichtsrat. (§ 78.) Ferner kommt in Fortfall, „soweit es die Eigenart des Betriebes bedingt“, das Recht der wirtschaftlichen Beratung und der Mitarbeit bei Einführung neuer Arbeitsmethoden. (§ 67.) Sodann die Vorschrift für den Inhalt der Richtlinien bei Einstellung, die also z. B. bei einem Betriebsunternehmer die Bestimmung enthalten würden, daß der einzustellende Redakteur einer ganz bestimmten politischen Richtung angehören muß, sowie das Einpruchsrecht bei Entlassungen, die eine Maßregelung aus politischen oder dergleichen Gründen bedeuten. Es kann also z. B. gegen die Entlassung des Redakteurs, weil er sich einer anderen politischen Partei angeschlossen hat, Einpruch nicht erhoben werden. (§ 81, 85.)

Dies sind die wichtigsten Veränderungen, die der Ausschuss in der Regierungsvorlage vorgenommen hat. Alle übrigen dürften keinen Anspruch auf grundsätzliche Bedeutung erheben können.

Deutsche Nationalversammlung.

Stimmungsbericht.

D. Berlin, 15. Jan. (Privat.) Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung ist im Anschluß an das schon Geleitete folgendes nachzutragen:

Der preuß. Minister des Innern, Heine, führte den Nachweis, daß die Rolle der Unabhängigen doch nicht so harmlos gewesen ist, wie Herr Henke es glauben machen möchte. Herr Heine, der als oberster Leiter der Polizei die Verantwortung für die Sicherheitsverletzungen auf sich nimmt, hat die Ereignisse nicht auf dem Stand abgemauert, sondern sich persönlich darum gekümmert und ist daher kompetenter Augenzeuge. Er hat gesehen, wie die Masse den Abgeordneten Heine in besessenen und andere bedrohte. Er hat gesehen, wie die Menge sich nach ganz bestimmten Direktiven bewogte, die ihr von der Stampe und von dem Gelände kamen, wie die fast übermenschliche Geduld zeigende Polizei Beleidigungen und Beschimpfungen ertrug, unerschrocken und verwundet wurde. „Ich war in unmittelbarer Nähe“, sagte der Minister, „als der erste Schuß fiel. Dieser erste Schuß war kein Zufallschuss. Raum war er gefallen, so ahnten die Unabhängigen, daß ihre Saat Frucht tragen würde.“

Die Unabhängigen haben die Ausführungen des Ministers anfangs mit relativ Ruhe angehört, die aber steigender Nervosität Platz macht und sich schließlich in lärmenden Zwischenrufen äußert. Unter den Abgeordneten der Unabhängigen erhebt ein Brausen, als von der Entlassung und Verbannung der Polizei durch die Massen die Rede ist. Bei der letzten Feststellung des Ministers über den ersten Schuß aber bricht ein neuer Sturm los. Die Unabhängigen spritzen von ihren Sitzen auf. Henke schreit mit abgehaltener Faust auf den Tisch und es bildet sich ein Knäuel um die Tribüne. Frau Zick und Düwel machen ihrem vollen Herzen durch einige Schimpfwörter Luft, für die sie zur Ordnung gerufen werden.

Ueber diesen außerordentlichen Zwischenfall hat Minister Heine seine präzisen Mitteilungen fort. Die Ruhe der Sicherheitspolizei war so groß, daß einige Abgeordnete den Minister unter dem Hinweis auf die Maßnahmen der Sicherheitswehr fragten: „Geschlecht denn nichts, um diese Leute zu retten?“ Von Minute zu Minute im Portal 2 die Masse, aufgereizt durch die Abgeordneten Zick und Zick, erneut durchläßt Tumult den Saal. Die Erregung trägt die Volksworte von ihren Sitzen hoch. Besonnenen Männer und die Mehrheitssozialisten halten leidenschaftliche Partisanen davon ab, sich auf die feindseligen Bräute zu stürzen. Immer neue Keulenstöße läßt der Redner niederfallen. Frau Zick und Düwel sollen der Menge zugerufen haben: „Das Reichstagsgebäude gehört dem Volke, nicht der Sicherheitswehr! Ihr wißt, was ihr zu tun habt!“ Nur noch 4 bis 5 Meter war die Masse von den Mannschaften entfernt, die mit dem Rücken an der Wand standen. Die Erklärung des Reichstages war nur eine Frage von Sekunden.

Spiegelarbeit. Dadurch hat diese Episode ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Das Haus steht mit einer Meute des Abg. Bander (S.) die sachliche Besprechung des Betriebsratgesetzes fort. Als Urteil seiner Fraktion auf die gestrigen Vorgänge verweist er auf die Ausführungen des Reichstages.

Sitzungsbericht.

Berlin, 15. Januar. In der Nationalversammlung, die gestern zur zweiten Beratung des Betriebsratgesetzes zusammengetreten war, gab nach der Rede des Reichstages Baur über die Schuld an den blutigen Vorgängen vor dem Reichstag und dem Bericht des Abg. Schneider über die Ausschussverhandlungen Präsident Zehrenbach dem Abg. Henke (U.S.P.) zur Rechtfertigung das Wort. Die Sitzung nahm folgenden weiteren Verlauf:

Abg. Henke (U.S.P.): Die Schuld allein hat die Regierung. Der Reichstag ist falsch informiert und voreingenommen. Das Recht auf Demonstrationen läßt sich das Volk nicht nehmen. (Lachen.)
Preuß. Minister Heine: Es war nicht nur mein Recht, sondern auch meine Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten unter Hindert der Saal betreten konnten. Die Sicherheitskräfte haben mit ungläubiger Mühe und Geduld dieses Amt gemacht. (Sehr richtig.) Sie hatten den Auftrag, von der Waffe nicht eher Gebrauch zu machen, bis das Haus selbst in Gefahr kam. Die Maßnahmen waren nicht sichtbar ausgeführt, um jeden Vorwurf der Propaganda zu unterbinden. Der erste Schuß fiel von außen und verwundete einen Soldaten. Mit dem Warden eines zufällig losgegangenen Gewehrs konnten Sie uns nicht. Man hat gesehen, wie vom Reichstage aus gewinkt wurde. Die Massen wurden aufgereizt von der Abgeordneten Rubell und Frau Zick. (Hört, hört! Rufe bei den Unabhängigen: Verleumdung! Frau Zick ruft: Das Reichstagsgebäude gehört dem Volke und nicht der Sicherheitspolizei!)

Minister Heine fortfahrend: Der Bericht der „Freiheit“ selbst, der schon gedruckt war als heute das Blatt verboten wurde, bestätigt, daß die Soldaten von der Menge zurückgedrängt und daß ihnen Gewehre und Handgranaten abgenommen wurden. Wir verlassen die Opfer, die Sie auf dem Gewissen haben. (Lärm bei den Unabhängigen.)
Abg. Henke (U.S.P.) erhält unter lebhaftem Wiederdruck der Rechten abermals das Wort. Er führt aus, daß der Minister Heine die ganze Sache gemacht habe, um Zwangsmaßnahmen gegen das Volk zu begründen. Es sei eine Lüge, wenn er behauptet, er (Henke) hätte den Tumult angezettelt. (Ordnungsruuf.)

Die Beratung des Betriebsratgesetzes wurde hierauf fortgesetzt.
Abg. Bander (Soz.) bittet, dem Betriebsratgesetz eine solche Fassung zu geben, die dem Arbeiter eine neue Stellung in unserem Wirtschaftsleben einräumt. Die Unabhängigen hätten mit ihren beiden Stimmen die Annahme mancher von uns beantragten Änderungen verhindern können. Aber sie wollten bei den meisten Sitzungen und stellten selbst keine Anträge, ja brachten sogar Verbesserungsvorschläge vor uns durch Stimmhaltung zu Fall.
Abg. Schwarzer (Fr.): Das Betriebsratgesetz wäre auch gekommen, wenn wir keine Revolution gehabt hätten. Auch auf die Landwirtschaft muß das Betriebsratgesetz Anwendung finden. Landwirte kann nur das Wahlalter von 18 Jahren erregen, wofür es auch politische Rückschlüsse geben kann.

Abg. Weinhausen (Dem.): Die Agitation gegen das Betriebsratgesetz geht über alles Maß hinaus. Die großen Erregungszustände der Arbeitnehmer werden völlig verschwiegen. Ausdrücklich beantragt ein ich, das lebhafteste Bedauern meiner Freunde darüber auszudrücken, daß die Regierung ihr Versprechen, noch vor Weihnachten ein Gesetz über die obligatorischen Schlichtergerichte einzubringen, nicht erfüllt hat. (Sehr richtig.) Wir erwarten, daß es spätestens in der Februartagung kommt.

Reichsarbeitsminister Schlieke: Das Gesetz über die obligatorischen Schlichtergerichte konnte nicht vorgelegt werden, weil es rechtlicher Durcharbeitung erfordert und alle Erfahrungen berücksichtigen werden müssen. Die ausländische Gesetzgebung hat keine Handhabe. Die Vorlage über die Bildung des Reichswirtschaftsrates bedurfte voller dreier Monate ehe sie an den Reichstag kam infolge der Zerplitterung der Arbeitgeberverbände, welche die Ausarbeitung der Vorlage sehr erschwerte. Daß die Arbeiterausschüsse keinen Erfolg für die Betriebsräte sein können, beweisen die vielen Maßnahmen, denen die Mitglieder der Arbeiterausschüsse dauernd ausgesetzt werden.

Abg. Schiele (Deutschnational): Dem Hause ist noch kein Gesetz von einschneidender wirtschaftlicher Wirkung vorgelegt worden wie dieses. Es hätte vollständig aenhalt, mit der weiteren Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse u. der Einführung von Arbeitsgemeinschaften. Die ichige Vorlage wird die Politisierung der Betriebe im Sinne der Kommunisten zur Folge haben. Das zu unterstützen haben wir keine Ursache. Mit dem Gesetze ist keine Partei zufrieden. Die Fassungsbereiche müssen unbedingst aus dem Geltungsbereich des Gesetzes ausgeschlossen werden. Die Erfahrungen mit den Betriebsräten im Bergbau sollten eine ernste Mahnung sein, von dieser Politik abzulassen. Der Industrie werden die Hoffschritte des Auslandes durch dieses Gesetz unterbunden. Das Wirtschaftsleben kann nur geloben werden durch Arbeitsgemeinschaft. Diese Vorlage ist der erste Schritt dazu.

Abg. Vogeler (D.M.): Das Gesetz ist durch politische Agitation hervorgerufen worden. Wie kann man angesichts dessen auf eine wohltuende Wirkung der wirtschaftlichen Lage hoffen. Wir müssen damit rechnen, daß 80 Proz. des Kohlenbedarfs in Zukunft ungedeckt bleiben. (Hört! Hört!) Wo soll das in die Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens herkommen. Die Vorlage wird neuen Handstock in die Betriebe hereintragen. Hier ist gemissermaßen der Anfang der Parlamentarisierung der Wirtschaft. Das Gesetz sollte zunächst einem Reichswirtschaftsrat überwiesen werden.

Abg. Geper (U.S.): Der Rechten ist nur daran gelegen, daß das Gesetz im Reichswirtschaftsrat noch mehr verschlechtert wird. Die Regierung aber hat Verantwortung durch den Verzicht auf den Rechten der Arbeiter erregt, um auf diese Weise ihre Herrschaft zu erhalten. Die Betriebsräte dieses Gesetzes haben mit den Betriebsräten im sozialistischen Sinne auf der Grundlage einer anti-kapitalistischen Wirtschaftsordnung nichts gemein. Die Rechtssozialisten sind nur die Strohmannen der Reaktion.

Abg. Landorfer (Bayerischer Bauernbund): Wir lehnen das Gesetz ab. Sollen wir es während des Krieges auf dem Lande geschädigt, so wären wir längst verhungert.
Sowiet schließt die Erörterung über den § 1. Die Abstimmung folgt morgen.
Abg. Frau Zick (persönlich): Der Minister Heine hat mich der Aufregung beschuldigt. Das ist eine schamlose Verleumdung (Lärm)

nyngst). Ich habe kein Wort zu den Demonstranten gesagt. (Zuruf: „Ihr Erscheinen genügt!“)

Abg. Zubeil (persönlich). Er befreit ebenfalls das ihm vorgeworfene aufreizende Vorgehen.

Abg. Braß (U. S.): Die Schieberei war grundlos, denn die Straße war fast leer.

Minister Heine: Das verdreht die Wahrheit. Meine vielen Zeugen sind mir glaubwürdiger als Herr Braß.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag, 10 Uhr mittags, vertagt. Schluß 8 1/2 Uhr.

Berlin, 15. Jan. Wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, wird die Nationalversammlung vor ihrem Auseinandergehen sich mit einer Interpellation beschäftigen, die von allen Seiten des Hauses eingebracht ist und die die Verhältnisse und die Zukunft des besetzten Gebietes behandeln soll. Nur ein Redner, voraussichtlich der Zentrumsvizepräsident, soll die Interpellation, die am Freitag oder Samstag auf die Tagesordnung gesetzt wird, begründen, um die Kundgebung desto eindrucksvoller zu gestalten.

Zum Rücktritt des Reichsfinanzministers Mawer.

Berlin, 15. Jan. Die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung hat den Reichsfinanzminister Mawer, der „Germania“ zufolge, einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen und ihn neben, sein Amt beizubehalten. Er dürfte einmütig die Geschäfte des Reichsfinanzamtes weiterführen, nach dem Beschluß des bayerischen Parteitag aber und dem der Mehrheit der Mitglieder der bayerischen Volkspartei wird sich Minister Mawer wohl kaum zu einer Aenderung seines Entschlusses verstehen.

Nach dem kommunistischen Putschversuch.

Berlin ruhig.

WTB. Berlin, 14. Jan. In Berlin herrscht heute übera 11 Ruhe. Die Arbeiter sind fast ausnahmslos in den Arbeitsstellen erschienen. In Zusammenstößen ist es nirgends gekommen.

Die Opfer des 13. Januar.

WTB. Berlin, 14. Jan. Bei den Unruhen am Dienstag vor dem Reichstagsgebäude sind, wie jetzt endgültig feststehen dürfte, 42 Tote und 105 Verletzte gezählt worden. Von den Toten befinden sich 21 im Schanhaus, die übrigen in verschiedenen Krankenhäusern.

Verhaftung von Rädelsführern.

WTB. Berlin, 15. Jan. Verhaftung von Leuten, die einwandfrei als Rädelsführer der Bewegung bekannt geworden sind, wurden laut „Berl. Tagebl.“ 15 vorgenommen. Weitere dürfen bevorstehen, sobald die Untersuchung fortgeschritten ist. Einer der von den Aufreihern vergewaltigten Sicherheitsmänner wurde gefesselt in einem Keller gefunden.

Berlin, 15. Jan. Wie dem „Berl. Lok.-Anz.“ mitgeteilt wird, sind in Essen und in anderen Orten des Industriegebietes zahlreiche Führer der Unabhängigen und der Kommunisten festgenommen und das Erscheinen der unabhängigen und der kommunistischen Blätter verboten worden.

Eine mehrheitssozialistische Kundgebung.

Berlin, 15. Jan. In einer Zusammenkunft sämtlicher Parteifunktionäre und Vertrauensleute der Mehrheitssozialisten von Großberlin wurde gestern die Entschließung angenommen, der tiefsten Empörung Ausdruck zu geben, daß die Gewissenlosigkeit der Veranstalter der unabhängigen Demonstration am Reichstagsgebäude zu einem schweren Blutvergießen geführt hat. Die Anhänger der Diktatur der Gewalt und des Terrorismus trügen auch die Schuld, wenn die Regierung gedungen sei, zur Sicherheit der ungeführten Arbeit der deutschen Volkspartei und zur Abwehr der Gewalt den Ausnahmezustand zu verhängen, und daß zur Zeit nur durch diese Maßnahme die Freiheit der Bevölkerung und die öffentliche Ordnung gesichert werden könnten. Die Großberliner Arbeiterpartei möge alle unabhängigen und kommunistischen Versuche zur Inszenierung eines Generalstreiks mit Entschiedenheit zurückweisen. Nur wenn jetzt endgültig mit der Gewaltpolitik Schluss gemacht und die demokratische und sozialistische Wiederaufrichtung Deutschlands in die Hand genommen werde, würde das Blut am Reichstagsgebäude nicht umsonst geflossen sein.

Im Laufe der Debatte hob der Abg. Sollmann hervor, daß unter den Demonstranten eine große Anzahl von Matrosen bemerkt worden sei. Da es in Berlin keine Matrosenregimenter gäbe, so forderte er, daß künftig jeder Matrose angehalten und nach seinem Aussehen zu fragen sei. Mit der Marineuniform, dem Symbol der deutschen Revolution, sollten keine schmutzigen Geschäfte gemacht werden.

Nach der Friedensunterzeichnung.

Zur Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen.

WTB. Köln, 14. Jan. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Was die Abbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich betrifft, so ist, wie wir an zuverlässiger Stelle erfahren, noch keine Anforderung von Eisenbahnmateriale ergangen. Heute morgen traf das Telegramm des Majors Draudt aus Paris ein, welches nähere Bestimmungen über die Art und Weise des Abtransportes brachte. Von deutscher Seite sind Vorkehrungen getroffen, daß täglich 12000 Gefangene heimbefördert werden können.

„Du Heimatflur.“

Roman von Max Schmidt-Schiemjels.
Copyright 1920 by Grethlein & Co., G. m. b. H., Leipzig.
(11. Fortsetzung.)

Graf Saltenburg blieb schweigend Fräulein Senzelmann zur Seite. Man hatte den Wald erreicht, an dessen Seite der Weg weiter führte. Die Sonne war hinter den dunklen Bäumen verschwunden. Ueber der Landschaft lag die Ruhe des kommenden Abends. Die Grillen zirpten. Graue Nebel webten geheimnisvoll um die Büsche der Talsohle.

„Bleiben Sie stehen,“ gebot der Graf küstern. Er ließ den Maßsüß und Feldstuhl geräuschlos zur Erde gleiten. Dann deutete er über die Wiese. Im hohen Gras äste ein rotbrauner Rehbod.

„Warum wollen Sie töten?“

„Das fragen Sie, eine Forstmannstochter?“ gab er zurück.

„Ich habe nie verstanden, wenn man einem ahnungslosen Geschöpf nachstellt, das seine Nahrung sucht,“ sagte Irene. Aus ihrer Stimme klang leises Zittern, und ein dunkler Blick schien für das Tier zu bitten. Stolz und aufrecht in herber Schönheit stand sie neben dem Grafen. Sie trug den Malkasten in der einen Hand. In der andern hielt sie das Bild.

Da ging eine Wandlung vor in dem Mann. Ein vernehmlicher Schein erhellte seine gebräunten Züge. Er klappete das Gewehr auf und ließ die Patronen in die Hand gleiten. „Lassen wir das Spiel,“ erklärte er mit ritterlicher Bestimmtheit. „Vielleicht hätte ich gefehlt. Wenn auch — der Bod soll es Ihnen danken, wenn er der Gefahr diesmal entging.“ Er

löhnen. Die Franzosen haben sich auch bereit erklärt, die Abbeförderung auf dem Seewege vornehmen zu lassen, falls hierzu das nötige Schiffsmaterial zur Verfügung gestellt würde. Vertreter der Eisenbahn- und Marineverwaltung sind zur Besprechung nach Paris abgereist.

WTB. Amsterdam, 15. Jan. (Priv.-Tel.) Wie unser Korrespondent von zuständiger Stelle in Paris vernimmt, gibt man sich in Deutschland bezüglich der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen falschen Hoffnungen hin, wenn angenommen wird, daß diese bis Ende April bereits alle nach Deutschland zurückgeführt seien, da es sich beinahe um eine halbe Million Menschen handelt und die französischen Transportmittel der Eisenbahn schon jetzt den dringenden Verkehrsbedürfnissen nicht mehr genügen, so ist anzunehmen, daß die französische Regierung ebenfalls davon absehen wird, den Rücktransport allein auf dem Lande zu bewerkstelligen.

Man nimmt in den damit betrauten Kreisen an, daß nur sehr wenige Transporte über Land stattfinden werden. Für Seetransporte dagegen kann Frankreich keine Schiffe stellen, jedoch die Transportfrage zwischen Deutschland und anderen Ländern erst zu regeln wäre. Man spricht auch davon, daß etwa 60000 deutsche Gefangene nicht nach Deutschland zurückkehren wollen, sondern in dem Wiederaufbau gebiet Arbeit suchen werden. Ueber die Zulassung dieser Arbeiter hat die französische Regierung noch keine Entscheidung getroffen.

Die Auslieferungsliste.

Berlin, 15. Jan. Dem „Berl. Lok.-Anz.“ zufolge hat die Kommission, die die Auslieferungsliste aufgestellt hat, diese abgeschlossen. Die Liste nennt 880 Personen, von denen Frankreich 330 fordert.

Verträge und neue Beziehungen.

WTB. Paris, 14. Jan. „Journal Officiel“ veröffentlicht einen Erlass, wonach innerhalb zwei Monaten Kenntnis gegeben werden muß von Verträgen, die zwischen Franzosen und Deutschen abgeschlossen sind.

WTB. Paris, 14. Jan. Ministerpräsident Clemenceau hat den französischen Geschäftsträger für Berlin De Marcilly empfangen.

WTB. Brüssel, 14. Jan. Das Bureau der interparlamentarischen Union hat dieser Tage in Brüssel getagt, um die Frage zu beraten, ob die Mittelmächte wieder in die interparlamentarische Union aufgenommen werden können. Der Staatsrechtslehrer Baron Descamps-David hat die Frage bekämpft und verneint. Der letzte Nobelpreissträger für den Friedenspreis, der sozialistische Senator Lafontaine, trat lebhaft für die Zulassung der Mittelmächte ein und erklärte, daß auch die Engländer sich in gleichem Sinne ausgesprochen hätten. Die Franzosen seien ebenfalls geneigt, die alte Verbindung wieder herzustellen. Ein Beschluß konnte nicht gefaßt werden.

Amerika und die Ratifizierung des Friedensvertrages.

WTB. Bern, 14. Jan. Nach Genfer Blättermeldungen wird von einer wachsenden Stimmung zu Gunsten der sofortigen Ratifizierung des Friedensvertrages ohne Vorbedingung im amerikanischen Senat berichtet. Eine Rundfrage unter den Senatoren habe die Feststellung ergeben, daß die Mehrheit unter ihnen der Ratifizierung ohne Vorbedingung zustimmig sei. Dagegen sei es zweifelhaft, ob der Senat den Bündnisvertrag mit Frankreich annehmen wird.

Tschecho-Slowakei.

Die tschecho-slowakischen Verhandlungen.

WTB. Prag, 13. Jan. Die tschecho-slowakische Regierung hat im Ministerium eine gemeinsame Konferenz der tschecho-slowakischen Regierung und der hier weilenden Mitglieder des österreichischen Kabinetts statt. Staatskanzler Dr. Renner gab eine zusammenfassende Darstellung der Lage, in welcher sich die Republik Österreich befindet. Nach der Rede des Staatskanzlers jagten sich die tschecho-slowakischen Minister mit ihren Sachgelehrten zu einer besonderen Beratung über die jetzigen Zustände zu.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung machten die Minister der österreichischen Delegation Propositionen, die der Staatskanzler Dr. Renner nicht annehmen zu können glaubte. Hierauf trat die österreichische Konferenzteilnehmer zu einer Sonderberatung zusammen. Die beiden Kabinettschefs vermittelten zwischen den beiden Gruppen.

Nachmittags wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Es wurden die allgemeinen politischen Vereinbarungen revidiert. Sodann wurden die Verhandlungen über die Zuerstfrage fortgesetzt. Ein Vertrag, der an die Stelle des bisherigen Kohlenübereinkommens treten soll, kam nicht zustande. Es wird nun die Aufgabe der Vertreter der Kommission sein, den Vertrag auszuarbeiten.

WTB. Prag, 14. Jan. Die tschecho-slowakische und österreichische Regierung haben vereinbart, den geordneten diplomatischen Verkehr sofort wieder aufzunehmen und die in beiden Hauptstädten bereits bestehenden Vertretungen in ordentliche Gesandtschaften umzuwandeln.

Die Geschwisse im Reich.

Sitzung des Reichskohlenrates.

WTB. Berlin, 15. Jan. Im Mittelpunkt der zweitägigen Verhandlung des Reichskohlenrates stand die Preissfrage, da der Reichswirtschaftsminister zu der vom Reichskohlenrat und Wirt-

schaftung vom 15. Jan. ab beschloffen, aber vom Minister beanstandet werden. Die Verhandlungen, zum Teil grundsätzlicher Art, herrschten Einmütigkeit darüber, daß eine weitere Preiserhöhung, soweit sie nachweislich zur Erreichung der früheren Friedensförderung nötig ist, aufgegeben werden müsse. Im Gegensatz zu den Darlegungen der Bergbauunternehmer wurde aber von der Mehrheit des Reichskohlenrates ausgesprochen, daß die für die Wiederherstellung des besetzten Gebietes benötigte Preiserhöhung zum Teil in Anlagenerhöhungen und anderhalb, wenn sie schon mittels der gegenwärtigen Kohlenpreise angesetzt werden soll, der Allgemeinheit auch durch die Organe der Volkswirtschaft eine entsprechende Ueberwälzung dieser Mittel zu stehen müsse. Die Stellungnahme wurde aber vertagt, um die Frage gemeinsam mit den kommenden Lohnforderungen zu behandeln.

Arbeiterbewegung, Streiks und Unruhen.

Poststreik in Italien.

WTB. Mailand, 14. Jan. Die Blätter melden, daß das Personal der Post-, Telegraphen- und Telefonverwaltung von ganz Italien den Generalstreik proklamiert hat. Der Streik wurde in Rom beschlossen und von allen Seiten in den Provinzen ausgenommen. Die Streikenden verlangen die Erhöhung aller gegenwärtigen Besoldungen um 1000 Lire, somit eine Entschädigung von 2,75 Lire für jede Ueberstunde für die Beamten und 2 Lire für die Angestellten.

Aus der Eisenbahnerbewegung.

WTB. Essen, 14. Jan. Die Lage im Industriegebiet hat sich gegen gestern wesentlich gebessert. Nachdem die Führer der drei Eisenbahnergewerkschaften die Vertagung des Streikes niedergelegt und die Verantwortung für die Folgen weiterer Streiks abgelehnt hatten, machte sich zum größten Teil infolge der energischen Maßnahmen der Regierung die Bewegung zur Wiederaufnahme der Arbeit allenthalben bemerkbar. In den weitaus meisten Bahnhöfen des Eisenbahndirektionsbezirk Essen ist die Arbeit infolge dessen wieder aufgenommen worden. Im Ausnahmefall verharren zur Zeit noch einige kleinen Bahnhöfen der Duisburger Hauptbahnhofs, der Mülheimer Bahnhofs, die Bahnhöfe von Langendreer, Witten-West, die Bochumer Bahnhöfe und der Rangierbahnhof Wehdau.

WTB. Elberfeld, 14. Jan. Der Personen- und Schnellzugsverkehr im Direktionsbezirk Elberfeld ist im großen und ganzen wieder aufgenommen worden, nur der Personenverkehr auf der Strecke Düsseldorf-Duisburg kommt bis jetzt noch nicht aufgenommen werden weil im Essener Bezirk die Eisenbahner noch teilweise streiken. Der Güterverkehr kommt ebenfalls langsam in Gang.

WTB. Düsseldorf, 15. Jan. Der Eisenbahnerverkehr wurde heute in der Richtung Duisburg teilweise wieder aufgenommen. Auf den anderen Strecken fahren die Personen- und die Schnellzüge wieder fahrplanmäßig. Der Andrang der Reisenden ist sehr stark.

WTB. Leipzig, 15. Jan. Die Arbeiter der Eisenbahnerwerkstätte in Leipzig-Engelsdorf sind gestern vormittag in den Ausstand getreten. Die Eisenbahnbeamten und Arbeiter des Leipziger Hauptbahnhofs und des Ausbendienstes beteiligten sich nicht am Ausstand. Nach den hier vorliegenden Meldungen streikten gestern dortmitan auch die Eisenbahnerwerkstättenarbeiter in Borsdorf. Gerüchte von größeren Streiks in der Leipziger Industrie beruhen, wie das „Leipz. Anz.“ feststellt, auf Kombinationen. In einzelnen Betrieben sollte allerdings gestern Abend Abstimmung stattfinden.

Hochwasser-Nachrichten.

B. Blumberg (A. Donauerschiff), 13. Jan. Durch das seit 9 Tagen wieder einsetzende Tauwetter mit häufigen Regengüssen und einem orkanartigen Stöhn trat eine solch rapide Schneeschmelze ein, daß die Wutach zum dritten Male binnen 14 Tagen 50 cm wasser führt und weite Strecken des anliegenden Landes überschwemmt. Der besonders in der Nacht vom Sonntag auf Montag wütende Sturm hat in dem hiesigen Sagenwald den großen Rammsaum zum Teil zerstört, Dächer abgedeckt und in den Wäldungen viele großmächtige Bäume entwurzelt.

1. Wertheim, 13. Jan. Fäuber und Main führten derartige Hochwasser, daß ein Teil der Stadt überschwemmt wurde. Ebenso stehen die Kohlelager unter Wasser.

2. Monheim, 13. Jan. Das Hochwasser des Neckars zwischen Mannheim und Feudenheim abermals über den Damm getreten und überschwemmt die dortigen Fluren. Die ebenfalls wieder hergestellte Straßenbahnlinie droht wiederum überschwemmt und unterpflut zu werden.

WTB. Düsseldorf, 14. Jan. Der Wasserstand des Rheins ist weiter im Steigen begriffen. Er betrug gestern gegen 11 Uhr abends 7,40 Meter.

WTB. Düsseldorf, 15. Jan. Infolge des Rheinhochwassers drang das Grundwasser in der Altstadt in die Keller ein. Der Rheinepegel zeigte gestern nachmittag 7,88 Meter. Vor der Rheinbrücke liegt eine Anzahl Dampfer und Schleppschiffe teilweise mit Kohlen beladen, die wegen des Hochwasserstandes nicht unter der Rheinbrücke durchfahren können.

WTB. Prag, 15. Jan. (Tschecho-slowakisches Pressebüro). In Böhmen und Mähren sind Ueberschwemmungen erfolgt.

Wasserstand des Rheins.

Wegau, 15. Jan., morg. 6 Uhr: 7,24 m (13. Jan. 5,16 m)
Mannheim, 15. Jan., morg. 6 Uhr: 7,00 m (13. Jan. 4,00 m)

ein Schützenjäger sei. Was wollt Ihr? Das Schloß hat Euch allen nur Vorteile gebracht. Es hat die Straßen gebaut. Ihr brauchtet nicht in denbeutel zu greifen, als die Gemeinde eine neue Feuerpritze anschaffen mußte. Die Dorfbrücke wäre heute noch nicht ausgebessert, wenn das Schloß nicht die Kosten übernommen hätte. Ja, so ist es.“

Darauf schwiegen die am runden Tisch, bis einer anfangs den Hungerbauer zu häneln, der die Groschen aufbaute für seine Zehne.

Hans Joachim hatte endlich die Einladung an Franz Kieher ergehen lassen. Am nächsten Tage verzogte er, um in Dresden mit Baron Gelbrecht zusammenzutreffen. Der Baron lehrte über Wien aus dem Orient zurück. Beim Regiment wurden die Freunde Rastor und Polluz genannt, indem man die Namen ihrer ersten Chargenpferde auf sie übertrug. Sie quittierten gleichzeitig den Dienst und unternahm gemeint eine Weltreise. Man hörte, daß sie auf Ceylon lebten oder in den Felengebirgen von Nordamerika auf Bären jagten. Dann wieder begegneten Bekannte ihnen in Seluan. Als der Krieg ausbrach, eilten sie vom Nordkap zu ihrem Regiment. Der Krieg brachte sie auseinander. Hartmund Gelbrecht wurde fast gleich in den ersten Treffen verwundet, während Saltenburg an der Spitze seiner Schwadron an den Kämpfen in Rußland teilnahm.

Gelbrecht, der ältere von beiden, hatte mehrere Jahre studiert und sich erst im Anschluß an sein Einjährigensjahr zum Eintritt in die Artree entschlossen. Beranlagung, eine freudlos verbrachte Jugend und die Frauen machten ihn unzufrieden mit dem Leben. Er war wunschlos geworden und hoffte auf nichts mehr. Der gutmütige, von germanischer Bescheidenheit geleitete Hans Joachim dagegen blieb ein eifriger Beförderer des Lebens.

(Fort. folgt.)

Karlsruhe, 15. Jan. Im großen Saal des Friedrichshofes...

Die Verhandlung der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen... Karlsruhe, 15. Jan. Im großen Saal des Friedrichshofes...

Die Verhandlung der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen... Karlsruhe, 15. Jan. Im großen Saal des Friedrichshofes...

Die Verhandlung der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen... Karlsruhe, 15. Jan. Im großen Saal des Friedrichshofes...

Die Verhandlung der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen... Karlsruhe, 15. Jan. Im großen Saal des Friedrichshofes...

Die Verhandlung der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen... Karlsruhe, 15. Jan. Im großen Saal des Friedrichshofes...

Die Verhandlung der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen... Karlsruhe, 15. Jan. Im großen Saal des Friedrichshofes...

Die Verhandlung der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen... Karlsruhe, 15. Jan. Im großen Saal des Friedrichshofes...

Die Verhandlung der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen... Karlsruhe, 15. Jan. Im großen Saal des Friedrichshofes...

Die Verhandlung der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen... Karlsruhe, 15. Jan. Im großen Saal des Friedrichshofes...

reiste er selbst dorthin. Das übrige gestohlene Geld will Pohl auf den Berliner Kennplätzen bei Weiden verloren haben.

dt. Mannheim, 13. Jan. Zwei den Ladungen von Werbern für die französische Fremdenlegion zum Opfer gefallene junge Leute konnten von einem leichten Boote in Landau abgegangenen Transport von 200 Mann entfliehen und sind glücklich hier angekommen.

7 Schriesheim, 14. Jan. Heute nacht wurde bei dem Kohlenhändler Müller eingebrochen und dessen Geld für verteilte Kohlen entwendet.

Heidelberg, 14. Jan. Die Polizei verhaftete einen Schärer, der eine Herde von 190 Schafen in das besetzte Gebiet verschleppen wollte.

Die Durchführung des deutsch-franz. Möbelausfuhrabkommens - Karlsruhe, 15. Jan. Von zentraler Seite wird uns geschrieben: Nachdem die Vorarbeiten über die Durchführung des Möbelausfuhrabkommens zu einem vorläufigen Ergebnis geführt haben, ist die Kommission in der Lage, Gesuche der Möbel-eigentümer entgegenzunehmen.

Zunächst können nur Anträge folgender Art bearbeitet werden: A) von Eigentümern die Elsass-Lothringen bereits verlassen haben: 1. wenn diese vor dem 1. Februar 1919 ausgewandert sind; 2. wenn sie sich nachweislich in besonderer Notlage befinden und aus diesem oder andern Anlaß bereits eine Wohnung oder Wohnort zugewiesen erhalten haben; 3. wenn sie ihr Mobiliar und sonstige Sache (insbesondere wissenschaftliche und anderes Arbeitsgerät) zur Wiederaufnahme ihrer Berufstätigkeit (zum Lebensunterhalt) benötigen und die Möglichkeit zur Verkaufobertragung haben; 4. wenn Mitleidigkeit vorliegt und der Wert des Mobiliars infolge hoher, aufdauernder Aufwachungskosten übermäßig belastet wird.

B) von Eigentümern die sich noch in Elsass-Lothringen befinden: wenn sie seit dem 1. April 1919 oder früher ihr regelmäßiges Einkommen verloren haben.

C) von Eigentümern, gleichgültig wo sie sich aufhalten: wenn sie für den Württemberg die Eisenbahn nicht in Anspruch nehmen wollen.

Zur Stellung der entsprechenden Anträge an die deutsch-französische Möbelausfuhrkommission in Rehl, Hotel Salmen" sind Borendrucke zu benutzen, welche von der Kommission ausgegeben werden.

Die Kommission wird diese Borendrucke mit eingehenden Erklärungen derjenigen Eigentümern auf Ansuchen zu stellen, die durch eine kurze Klarlegung ihres Falles nachweisen, daß dieser als bringlich im Sinne der vorstehenden Ausführungen zu betrachten ist.

Diejenigen Eigentümern, welche bereits früher Gesuche an die Kommission in Rehl eingereicht haben, erhalten die Borendrucke ohne weiteres zugestellt, sofern die Kommission die Ueberzeugung gewonnen hat, daß einer der vorbeschriebenen Fälle vorliegt.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 15. Januar. Erhöhung der wichtigsten Postgebühren? Reichspostminister Gieseler hat bei seinem Aufenthalt in Dornum u. a. erklärt, der diesjährige Postetat habe mit einem Postetat von 150 Millionen Mk. abgeschlossen.

Streit der Angestellten der Altbahn. In einer gestern in Ettlingen abgehaltenen Versammlung wurde von den Angestellten und Arbeitern der Altbahn beschlossen, sofort in den Streit einzutreten, da die Bahngesellschaft nicht in der Lage sei, die geforderte Beschäftigungszulage zu zahlen.

Die Einzelreise in die besetzten Rheingebiete ist nunmehr freigegeben. Die Reisenden müssen nur im Besitze eines gewöhnlichen deutschen Reisepasses sein.

Veränderung in höheren Beamtenstellen. Der Staatsangehörige, dem das Kolonialamt in der Form und Domänenverwaltung Domänenrat Gustav Ulrich der Titel Ministerialrat verliehen, er zum Vortragenden Rat im Finanzministerium ernannt und ihm die Leitung der Domänenverwaltung übertragen wurde.

Der Dienstmannstarif ist entsprechend den gegenwärtigen teureren Zeiten ebenfalls einer Revision unterzogen worden.

Die Beschaffung von Holz für Zeitungspapier. An die Forstämter mit Domänenwald ist die folgende Anweisung ergangen: Für die Zeitungsdrukpapierindustrie sollen auf Antrag des Reichswirtschaftsministers penknigliche Mengen Papierholz zu mäßigen Preisen durch die staatlichen Forstverwaltungen bereit gestellt werden.

Die Zeitungsdrukpapierindustrie sollen auf Antrag des Reichswirtschaftsministers penknigliche Mengen Papierholz zu mäßigen Preisen durch die staatlichen Forstverwaltungen bereit gestellt werden.

Die Zeitungsdrukpapierindustrie sollen auf Antrag des Reichswirtschaftsministers penknigliche Mengen Papierholz zu mäßigen Preisen durch die staatlichen Forstverwaltungen bereit gestellt werden.

Die Zeitungsdrukpapierindustrie sollen auf Antrag des Reichswirtschaftsministers penknigliche Mengen Papierholz zu mäßigen Preisen durch die staatlichen Forstverwaltungen bereit gestellt werden.

Die Zeitungsdrukpapierindustrie sollen auf Antrag des Reichswirtschaftsministers penknigliche Mengen Papierholz zu mäßigen Preisen durch die staatlichen Forstverwaltungen bereit gestellt werden.

Die Zeitungsdrukpapierindustrie sollen auf Antrag des Reichswirtschaftsministers penknigliche Mengen Papierholz zu mäßigen Preisen durch die staatlichen Forstverwaltungen bereit gestellt werden.

Die Zeitungsdrukpapierindustrie sollen auf Antrag des Reichswirtschaftsministers penknigliche Mengen Papierholz zu mäßigen Preisen durch die staatlichen Forstverwaltungen bereit gestellt werden.

Die Zeitungsdrukpapierindustrie sollen auf Antrag des Reichswirtschaftsministers penknigliche Mengen Papierholz zu mäßigen Preisen durch die staatlichen Forstverwaltungen bereit gestellt werden.

Die Zeitungsdrukpapierindustrie sollen auf Antrag des Reichswirtschaftsministers penknigliche Mengen Papierholz zu mäßigen Preisen durch die staatlichen Forstverwaltungen bereit gestellt werden.

Die Zeitungsdrukpapierindustrie sollen auf Antrag des Reichswirtschaftsministers penknigliche Mengen Papierholz zu mäßigen Preisen durch die staatlichen Forstverwaltungen bereit gestellt werden.

wert von 37 000 Mk. ausbeißt und 100 000 Pfen. zu 1.10 Mk. ausarbeiten werden.

Die Ausnutzung von Torflägern bei Weingarten.

Karlsruhe, 14. Januar. Die Kohlennot zwingt dazu, alle vorhandenen Möglichkeiten zur Beschaffung von Brennmaterial auszunutzen.

Ein vom Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt ausgearbeiteter Bericht gibt näheren Aufschluß über das Unternehmen: Nach demselben hat das Torfläger eine Flächeausdehnung von etwa 2 m, sodas im ganzen 260 000 cbm Torf gewonnen werden können.

Es wurden Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde Karlsruhe und der Gemeinde Weingarten aufgenommen, welche zu dem Ergebnis führten, daß die Gemeinde Weingarten der Stadtgemeinde Karlsruhe zunächst eine Fläche von 10 ha, Morgen = 36 000 qm zur Ausbeutung überlassen will.

Der Transport der Torfmassen von den Stigmahäusern zu der Presse und weiter von jener zu den Lagerstapeln soll durch eine Feldbahnanlage erfolgen.

Die Abfuhr der Torflücke von den Lagerstapeln ist mittels Lastautos geplant, welche den Torf entweder direkt nach Karlsruhe zu den Verkaufsstellen überführen oder nach dem Bahnhof Weingarten, um von dort aus nach dem Geswerk Schlagschneidstraße oder dem Lagerplatz Kaiserallee 11 verbracht zu werden.

Die Kommission wird diese Borendrucke mit eingehenden Erklärungen derjenigen Eigentümern auf Ansuchen zu stellen, die durch eine kurze Klarlegung ihres Falles nachweisen, daß dieser als bringlich im Sinne der vorstehenden Ausführungen zu betrachten ist.

Diejenigen Eigentümern, welche bereits früher Gesuche an die Kommission in Rehl eingereicht haben, erhalten die Borendrucke ohne weiteres zugestellt, sofern die Kommission die Ueberzeugung gewonnen hat, daß einer der vorbeschriebenen Fälle vorliegt.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Mitteilungen wegen Einreiseerlaubnis für die Eigentümer und anderen wichtigen Fragen folgen.

Handelsteil

Von den Börsen

Notierungen der Berliner Börse vom 14. Januar

Table with columns for industry stocks (Industrie-Aktien), bank stocks (Bank-Aktien), and colonial stocks (Kolonialwerte). Lists various companies and their share prices.

Table of shipping rates (Schiffahrtswerte) for various routes including Hamburg, London, and other ports.

BERLIN, 14. Jan. Der gestrige ziemlich empfindliche Rückgang in den bezugten Werten war bei der Eröffnung der heutigen Börse vollkommen aufgehoben, da starke Kaufaufträge von kapitalkräftigen Kreisen...

Berliner Devisennotierungen. Die gestrigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table of telegraphic transfers (Telegraphische Auszahlungen) for various countries like Holland, Denmark, and Norway.

Notierungen der Frankfurter Börse vom 14. Januar

Table of Frankfurt stock market quotations (Notierungen der Frankfurter Börse) for various banks and industrial stocks.

Frankfurt, 14. Jan. Die Geschäftstätigkeit an der heutigen Börse war auf den meisten Gebieten wenig umfangreich. Der ansehend günstige Fortgang der Verhandlungen über den Eisens...

Badische Lebewerte Karlsruhe. Nach Geschäftsbericht für 1918/19 stieg der Profitationsgewinn auf RM. 1.517.501 (v. B. 816.741). Die Abschreibungen, die in unbilliger Weise...

Liederhalle Karlsruhe. Orchester des Landestheaters. Nächste Probe für Damen für das am Karfreitag aufzuführende Chorwerk...

Verein ehemal. Bad. Prinz Karl-Dräger Karlsruhe. Wir laden hiermit die Kameraden zu der am Sonntag, 1. Februar 1920, nachm. 3 Uhr im Vereinslokal zu den '3 Röhren' stattfindenden Generalversammlung...

Deutscher Offizier-Bund Ortsgruppe Karlsruhe. Vortrag des Prof. Dr. Pauline über 'Gebirgskrieg und Gebirgstaktik'. Erfahrungen und Erinnerungen an der Kaukasus, Karpaten- und Alpenfront...

Kartell-Feier. Auf die am Sonntag, den 18. Januar im Saal der '3 Röhren', Mühlburg stattfindende Kartell-Feier...

Kaffee Odeon. Heute abend 8 Uhr Sonder-Konzert. Leitung Kapellmeister Kuhnert.

Städt. Tiergarten-Wirtschaft und Kaffee am Bahnhofplatz. Jeden Donnerstag 1/5 Uhr Konzert 5 Uhr-Tee. Hauskapelle Schwalbach.

Bad. Landestheater zu Karlsruhe. Donnerstag, den 16. Januar 1920. Der Waisenschmied. Komische Oper in drei Akten.

Palast-Theater. Der Riesenerfolg! Bisher 21 vollständig ausverkaufte Vorstellungen! Kein Zirkus! Sensations-Filmwerk: Die Abenteuer Zirkusamazone. 5 grosse Akte.

Union-Theater. Nur 2 Tage noch! Donnerstag u. Freitag! Die Lieblingslamme des Maharadscha. Der goldene See. Hochinteressantes Schauspiel in 5 großen Abteilungen.

Theaterkulturverband Karlsruhe. Im Eintracht-Saal. Mittwoch, den 21. Jan., abds. 1/8 Uhr. Balladen-Abend. In Wort und Ton. Mitwirkende vom Badischen Landes-Theater.

LUXEUM LICHTSPIELE. Nur noch heute und morgen. Der grosse hervorragende Spielplan. An erster Stelle der grosse Roman eines Abenteurers: Gewissenlose Bestien.

Lya Mara. die eine Glanzleistung in dem grossen dramatischen Lebensbild bietet. Maria Evere. Die Geschichte einer Komödiantin in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von F. W. Koehler.

Landeshauptstadt Karlsruhe. Städt. Festhalle. Sonntag, 18. Januar 1920, nachm. 1/4 Uhr: Künstler-Konzert. Musikverein Harmonie (Leitung: Herr Hugo Rudolph). Herr Opernsänger Helmuth Neugebauer...

Residenz-Lichtspiele. Noch 2 Tage. Waldstraße, Schillerstr., Kaiserstr. 5. Täglich 1 Mal Punkt 5 Uhr. Der Robin des Maharadscha, Das große Wagnis, Hedda Vernon, Die Schuld der Maria Reith, Maria Evere.

Maschinen-schreiben, Stenographie, Schön-schreiben, Rund-schrift. Karlsruher Ne-atta-Vereinigung. Samstag, 17. Januar, 7 1/2 Uhr, im Saal der Brauerei Schrempf...

